

Das
Sohnsteiner Tageblatt
erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonntage und Feiertage.

Abonnements und Anzeigen
werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Abonnements und Anzeigen
werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Sohnsteiner Tageblatt

St. Goarshausen

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

St. Goarshausen

Ämtliches Kreisblatt

Einziges amtliches Veröffentlichungsblatt
für den Kreis St. Goarshausen



Allgemeiner Anzeiger

für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingebiet und dem westlichen Rheingebiet.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Abonnements und Anzeigen
werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Abonnements und Anzeigen
werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Abonnements und Anzeigen
werden entgegengenommen in
Obernhausen in der Gasse
Hochstr. 2, sowie bei den
Agenturen in Braubach, Oppenheim,
Camp, Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Paderborn, Weiden, Wess,
Wiesbaden, Wiesbaden, Wiesbaden,
Wiesbaden, Wiesbaden.

Fort mit der Zwangswirtschaft!

Von Reichsfinanzminister a. D. Gothein.

Der Mensch gewöhnt sich nur allzu rasch an das Schreckliche. Er erträgt auch eine Zeitlang das Unnatürliche, den ihm auferlegten Zwang; aber gegen solchen Zwang macht sich, je länger um so stärker, eine Reaktion geltend. Gesehe und Verordnungen, die wider die Natur gehen, werden durch passive, manchmal auch durch aktive Resistenz ausgehöhlt; schließlich werden sie, wie das schöne juristische Wort sagt, „obsolet“.

So geht es mit der Zwangswirtschaft. Trotz aller drakonischer Strafen werden ihre Vorschriften auch von den Gewissenhaftesten nicht mehr gehalten. Der das Gegenteil von sich behauptet, läßt. Der seine Ernährung genau nach den Rationierungsvorschriften einrichtet, geht an Unterernährung zugrunde. Schon während des Krieges wurde das Wort geprägt: „Nur noch zwei Sorten Häuser seien zu bauen: Gefängnisse für die, welche die Ernährungsvorschriften übertreten, und Irrenhäuser für die, die sie befolgen.“ Der Bau der letzten ist überflüssig geworden.

Der Schleichhandel wurde zur Notwendigkeit wegen der Unzulänglichkeit der Rationierung, aber auch wegen der zu niedrigen Erzeugerhöchstpreise. Wenn die Rinderhaut im Schleichhandel mehr brachte als das ganze Kind, wer wollte es da dem Landwirt groß verdienen, wenn er möglichst wenig Vieh abliefern und möglichst viel schwarz schlachten. Dedien doch die niedrigen Höchstpreise für das abzulebende Vieh nicht entfernt seine Anschaffungskosten. Wenn heute mancherorts der Preis für die abzulebende Butter nur zehn Mark, anderwärts gar nur 4,50 Mark beträgt, so wird eben nur das alternativwendigste abgeleitet, das meiste geht in den Schleichhandel. Über der Bauer streicht sich die Schmitze doppelt so fett wie früher, bloß um die Butter nicht unter den Selbstkosten absetzen zu müssen.

Die Zwangswirtschaft — sagen ihre Befürworter — kann erst abgeschafft werden, wenn so viel Ware am Markt ist, daß sich aus Angebot und Nachfrage ein natürlicher Preis bilden kann. Nehmen wir die Versorgung als richtig an und fragen: In was kann sie denn abgeschafft werden?

Zunächst bei Kartoffeln. Ihr Anbau hat diesmal einen so gewaltigen Umfang angenommen, daß weiter war der Bestellung, dem Aufgehen, dem Wachstum so günstig, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehen und unvorhersehbar Witterungs- und Krankheiten eintreten, mit einer reichen Kartoffelernte gerechnet werden kann. Wenn man die Versorgungsvorstände beschuldigt hat, den versorgungsberechtigten Kreisen 120 Millionen Zentner zu 30 Mark zu liefern, so dürfte sich im freien Handel ihr Preis wesentlich niedriger stellen. Die Kartoffel ist aber eine so empfindliche Ware, stellt so große Ansprüche an Düngung, Aufzucht, rechtzeitigen Verkauf, zweckmäßige Verteilung, daß sie einen erheblichen Fachhandel erfordert; zur öffentlichen Versorgung eignet sie sich durchaus nicht. Also fort mit der Zwangswirtschaft in ihr!

Jeder wird gerade wegen seiner Zwangsversorgung weiter knapp bleiben. Die letzte im kurzfristigen, einseitigen Verbraucherinteresse den Höchstpreis so niedrig, daß der Landwirt nur mit effektivem Verlust Rüben bauen konnte; er schränkte daher ihren Anbau immer weiter ein. Früher war 1913 noch 1,3 Millionen Tonnen (a 1000 Kilogramm) Zucker aus, so decken wir jetzt nicht einmal mehr unsere auf höchste eingeschränkten Bedarf, müssen zu unsinnigen Preisen Zucker aus Amerika und Tschechien einführen. In der Hoffnung auf Freigabe ist dieses Jahr der Anbau um zehn Prozent gegen das Vorjahr gesteigert, die Rüben stehen vorzüglich, und das Gleiche von allen Futterpflanzen gilt, ist zu erwarten, daß bei angemessenen Preisen der Landwirt die Zuckerrüben nicht vernachlässigt oder Strup daraus loht. Wir dürfen daher mit einer höheren Zuckerproduktion rechnen. Man soll dieses Kampagnejahr nicht die Ausfuhr verbieten, dann werden wir, wenn auch hohe, so doch erschwingsche, weit unter den Schleichhandelspreisen stehende Zuckerpreise haben. Im nächsten Jahr kann die Bewirtschaftung völlig freigegeben werden. Dann wird die Rüben, andauernd — fehlt es nicht an Arbeitern — wieder einigermaßen normal werden. Fort also mit der Zwangswirtschaft für Zucker!

Die Fleischfrage ist eine Lächerlichkeit geworden. Dreiviertel allen Viehes werden schwarz geschlachtet und — von den Großhändlern abgesehen — losse marktfreies Fleisch nicht mehr als gegen Marken abgegebenes Fleisch oder Schlachtfleisch. Man hat jetzt die Höchstpreise für Vieh gewollt erhöht, aber der freie Handel — von Schleichhandel kann man kaum noch sprechen — hat sich inzwischen so eingestellt, daß er sich nicht mehr beiseite läßt. Wir haben zudem mit einem ganz anderen Angebot von Schlachtwie zu rechnen als in den letzten Jahren. Im Frieden wurde der Fleischbedarf Deutschlands hauptsächlich durch Schweinefleisch gedeckt. 1913 zählten wir 25 Millionen Schweine. Im letzten Jahr dagegen nur sechs Millionen; etwas mehr werden es freilich gewesen sein, denn die amtlichen Zählungen und Schätzungen bleiben in heu-

Von Spa nach Genf

Der Schlusssakt des Dramas von Spa — Nachklang in der Presse

Die französische Presse über den deutschen Ostmarken-Sieg

Die letzte Sitzung

Unterzeichnung nach heftiger Gegenwehr.

Spa, 17. Juli. Gestern abend 8,40 Uhr haben die deutschen Vertreter das Protokoll über die Kohlenfrage unterzeichnet, und zwar unter einem Vorbehalt für den 7. Punkt, der den Einmarsch in das Ruhrgebiet vorsieht für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. November seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe.

Die Sitzung war äußerst bewegt. Sie begann um 5 Uhr mit einer Ansprache, die die Deutschen aufforderte, ihre Antwort zu geben. Reichsminister des Innern Dr. Simons verlas darauf die Aenderungen, die die Deutschen zu den Vorschlägen der Entente beantragten. Diese Aenderungen bezogen sich lediglich auf die Zahlungsfrage, insbesondere auf die Kreditierung der Differenz zwischen Weltmarkt und Inlandspreis und verlangten ferner die Entfernung der Drohklaufe.

Die Rede Dr. Simons wurde von Millerand mit großer Unruhe angehört. Die Alliierten zogen sich darauf zu einer Sonderberatung zurück, die nur kurze Zeit dauerte und beschloß, die deutschen Vorschläge abzulehnen. Darauf hielten die Deutschen eine Sonderberatung ab, in der es zu ersten Meinungsverschiedenheiten kam. Zunächst wollte man nicht unterzeichnen. Insbesondere Dr. Simons erklärte sich offen dagegen. Auch der Reichsfinanzminister wollte nicht unterschreiben, und es kam dann zu einer längeren Aussprache zwischen den deutschen Führern und Lloyd George, der sie wiederholt zur Unterschrift zu bewegen suchte. Erst nach längerer Beratung gegen 8 Uhr beschloßen die Deutschen das Protokoll doch zu unterschreiben, jedoch mit dem oben genannten Vorbehalt. In der nun sofort aufgenommenen Sitzung trugen sie diesen Vorbehalt vor. Der belgische Ministerpräsident hat ihn auch zugelassen. Es kam dann zu einer sehr scharfen und energiegelben Protestrede Millerands, der sich geradezu aufgeregt gegen diesen deutschen Vorbehalt wandte und erklärte, daß dieser Vorbehalt an der eigentlichen Kraft der Einmarschbestimmungen nichts ändern werde. Auch Lloyd George ergriff das Wort und führte aus, daß es trotzdem zu einem Einmarsch kommen könnte, daß es aber bedauerlich wäre, wenn man sich gezwungen sähe, von diesem Mittel Gebrauch zu machen.

Dann unterzeichnete die Delegation, worauf Lloyd George noch eine kurze Ansprache hielt und beschloßen wurde, die Wiedergutmachungsfrage nicht mehr in Spa, sondern in Genf in etwa 14 Tagen zu verhandeln, und zwar durch Sachverständige. Es sollen sich von jedem Staat zwei Sachverständige nach Genf begeben und dort unter Beilegung zweier Delegierten der Wiedergutmachungskommission die Wiedergutmachungsfrage prüfen und die deutschen Wiedergutmachungspläne, die in Utrecht schon in Spa vorgelegt wurden, näher zu unterlegen.

Einige Minuten vor 9 Uhr endete die Sitzung, und damit war die Konferenz von Spa zu Ende.

Der Nachhall in der deutschen Presse

Die „Tägliche Rundschau“. Es wäre unsinnig, wollte man selbst unter Berücksichtigung der ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen unsere Delegation in Spa gestanden hat, verkennen, daß der Verlauf der Konferenz von Spa bei uns im Volke einen guten Eindruck hinterlassen hat. Gewiß, der Einmarsch ist für heute und morgen vermindert, aber, wenn er stattdessen hätte, so wäre das ein Versuch des Friedensvertrages durch den Zerbruch gewesen, und die Frage bleibt offen, ob die Stellung des Verbundes bei einem Einmarsch vorteilhafter geworden wäre. Dabei ist nicht zu verkennen, daß trotz der

Kosten, die wir heute auf unsere Schultern genommen haben, in absehbarer Zeit mit dem Einmarsch gerechnet werden muß, denn wie deutlich hier schon betont wurde, die Möglichkeiten der Erfüllung des Vertrages von Spa sind außerordentlich gering und stehen nur auf dem Papier.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Auf Grund aller Erfahrungen ist man zu Vertrauen und guten Erwartungen für die Zukunft nicht gestimmt. Immerhin, wir müssen uns sagen, daß Dr. Simons bei seinen Begegnungen und Gesprächen Beobachtungen gemacht haben könnte, die uns anderen nicht zugänglich sind. Hat er Wege nach vornwärts oder auch nur Wege nach hintenwärts entdeckt, so ist es begreiflich, daß er gestern das Kohlenabkommen unterzeichnet und die Vertagung und Fortsetzung der Konferenz ermöglicht hat. Gibt es solche Wege nicht können wir auch in Genf am Schlus nur Glück erwarten, so hätte man besser getan, die Einigkeit zu bewahren, die jetzt in der Kohlenfrage zwischen allen Betroffenen, zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestand. Ob das richtig war, wird erst am Endpunkt der Verhandlungen über die Entschädigung zu erkennen sein. Vorher den Stab bricht, urteilt eifertig und ohne die nötige Gewissenhaftigkeit.

Die „Kreuzzeitung“. Wir können es wohl begreiflich finden, daß der Kanzler und Dr. Simons diesen Vorbehalt in Bezug auf Artikel 7 gemacht haben, um so wenigstens dem Feinde eine neue rechtliche Unterlage für neue Gewalttätigkeiten vorzugeben. Dr. geben auch zu, daß es bei der in Spa herrschenden Stimmung und Verhandlungsweise unter dem Namen einer „Lösung“ gewesen sein mag einen jenseitigen Einspruch gegen jede weitere Befestigung deutscher Gebiete einzulegen. Aber einmal werden wir uns doch in diesem Entschlusse aufpassen müssen, denn sonst dauert der Krieg im Frieden ab infinitum.

Der „Vorwärts“. Die Beantwortung der Frage, ob unterzeichnet werden sollte oder nicht, hing von der Beurteilung der Lage ab. Sie richtig zu beurteilen waren die deutschen Vertreter in Spa besser imstande, als ihre Amtskollegen. Die Unterschrift war eine letzte Karte, die nur gespielt werden durfte, wenn sie sich, d. h. wenn sie zur Fortführung der Verhandlungen auf anderer Grundlage, nicht aber zur Befestigung des Ruhrgebietes führte. Die deutschen Vertreter in Spa waren von einem Erfolge der Unterschrift nicht überzeugt, sie waren vielmehr von seinem Gegenteil überzeugt. Unter dieser Voraussetzung war ihre Unterschrift richtig.

Die Abstimmung in Ostpreußen

Die GPC (Zentrums-Parlaments-Korrespondent) schreibt: Die Abstimmung in Ostpreußen und den Reichsgebieten von Westpreußen hat gezeigt, daß diese Gebiete rein deutsch sind und bei Deutschland bleiben wollen. Was aber für diese Gebiete gilt, das gilt auch für den sogenannten polnischen Korridor und vor allem auch für Danzig. Diese Gebiete sind zum überwiegenden Teile deutsch. Die Stadt Danzig ist zu 98 Prozent deutsch, der Regierungsbezirk Danzig, die Provinz Westpreußen und der Regierungsbezirk Marienwerder zu 75 Prozent. Es ist überaus bezeichnend, daß das angeführte Pariser Blatt „Temps“, nach dem Ausfall der Volksabstimmung in Ostpreußen ausführte: „Man denkt hiernach nicht ohne Beunruhigung an jene Gebiete, die die Entente ohne Zustimmung Deutschlands nahm. Die sächsischen Gebiete, die der Widerstand der Pariser Versammlung, die die Weltgerechtigkeit verteidigt, bedeuten. Wir sind überzeugt, daß es Ruhe und Frieden in Europa solange nicht geben wird, als dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht in vollem Umfange Rechnung getragen wird.“

versorgung der Vorkriegszeit kommen, so doch auf eine betriebende, im Verhältnis zu den letzten Jahren sogar reichliche.

Um die Preise nicht zu hoch steigen zu lassen, würde das Ausfuhrverbot für Vieh und Fleisch einwilligen beizubehalten sein. Bei der Befestigung unserer Valuta, die noch keineswegs abgeschlossen sein dürfte und den stark sinkenden Vieh- und Fleischpreisen des Auslandes ist übrigens nicht zu befürchten, daß eine Ausfuhr einsetzen würde, selbst wenn im freien Inlandsverkehr die Preise für Schlachtwie sich niedriger stellen als die neuerdings festgesetzten Höchstpreise.

Sobald der freie Handel hergestellt ist, hört der Schleichhandel auf und mit ihm die Gewinnzuschläge, die er als Risikoprämie für seine gesepdwirge Tätigkeit nimmt.

Die Befestigung der Landwirtsch werde bei hohen Schlachtwiepreisen sein Kundvieh abschlagen. Ist hallos. Eine gute Wirtsch wird deshalb nicht abgeschafft, und gerade die reiche Raufutterernte ermuntert, den Rinderbestand zu erhöhen; führt er doch

Neues vom Tage

Hindenburg wendet sich mit folgenden Worten an die Öffentlichkeit: Gelegentlich meiner Belästigung durch einen Widerwertigen sind mir zahllose Beweise freundschaftlicher Anteilnahme von einzelnen Personen, von Truppenteilen, Behörden, Städten, Zeitungen, Parteien, Ortsgruppen, Ausschüssen, Vereinen, Verbindungen, Klubs, Schulen usw. durch Telegramme, Briefe, Karten und Blumenpenden zugegangen. So unendlich mich dieser Ausdruck wohlwollender Gesinnung aus allen Teilen des Vaterlandes erfreut, so wenig vermag ich mich leider überallhin unmittelbar zu wenden, und bitte daher, meinen tiefempfundenen Dank in Form dieser Veröffentlichung auszudrücken zu dürfen. Das Bewußtsein, daß viele meiner Landsleute meiner treu gedenken, mildert in mir das schmerzliche Bewußtsein, der Kugel eines Deutschen ausgelegt gewesen zu sein.

Drei für Deutschland bestimmte Obzüge in Wien entladen. Auf dem Bahnhof Simmering wurden durch den Arbeiterrat drei aus Ungarn nach Deutschland bestimmte Obzüge mit 114 Eisenbahnwagen Obst beschlagnahmt und nach dem Ostbahnhof geleitet und entladen. Das Obst wurde auf dem Markt sofort zum Verkauf gebracht und rief einen starken Preisanstieg hervor. Die christlich-soziale Reichspost nimmt diesen Vorgang zum Anlaß, um die Schändlichkeit des Boykotts gegen Ungarn für Wien abzuwürgen zu betonen.

Das bayerische Regierungsprogramm der sämtlichen bürgerlichen Parteien umfassenden Koalition, die hinter dem Ministerium v. Kahr steht, enthält folgende Punkte: Die Zwangswirtschaft muß zur Gesundung unserer Wirtschaftsmoral möglichst eilig abgebaut werden. Der wirtschaftliche und soziale Ausgleich unter den Berufsgruppen und Ständen, besonders zwischen Kapital und Arbeit, wird ein Hauptziel der vorzunehmenden Politik der bayerischen Regierung darstellen. Auf staatspolitischem Gebiet soll ohne wesentliche Aenderung der Grundlage der bestehenden Verfassung die Frage eines bayerischen Staatspräsidenten, der der Staatspersönlichkeit Bayerns besonderen Ausdruck verleiht, in Verbindung mit dem Amt des Ministerpräsidenten gelöst werden.

Zwischen Bayern und Ungarn schweben, einen guten Verlauf nehmend, Verhandlungen über die Ausfuhr ungarischer Weizen nach Bayern, der mit bayerischem Auslandszucker mit hohem Stempelwertgehalt bezahlt werden soll.

Die internationale Finanzkonferenz. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel soll nicht vor dem 15. September zusammenkommen. Der Oberste Rat hat gestern dem Völkerbundsrat nahegelegt, seinem Vorschlag entsprechend, eine Vertagung der Konferenz eintreten zu lassen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Grundlagen für die Finanzkonferenz der Senatspräsident Bourgeois für unerlässlich gehalten hat, wenn die Konferenz Praktisches leisten sollte, noch nicht gefunden wurden.

Japans Missionen zur See. Wie die Neue Rotterdamse Courant aus Tokio meldet, hat ein japanischer Abgeordneterhause der Marineminister Mitteilungen über den Flottenbau gemacht. Danach kann Japan jährlich zwei Großkampfschiffe auf Stapel legen. Das gegenwärtige Marinebudget sieht den Bau von drei Dreadnoughts, vier Schlachtkreuzern, zwölf Kreuzern und einer Anzahl kleiner Schiffe vor. Die Kosten sollen 60 Millionen Yen betragen. Der Marineminister betonte, das Flottenprogramm sei gegen keinen bestimmten Feind gerichtet, sondern durch die isolare Lage Japans bedingt.

dem Ader mehr tierischen Dünger zu und steigert die Ernte. Auch die Sorge, die Schweine würden als Konkurrenten der Menschen diesen die Kartoffeln wegessen, ist angesichts der reichen, in Aussicht stehenden Ernte unbegründet.

Die Zwangswirtschaft für Schweine aufzuheben, für Kundvieh beizubehalten, hieße den ganzen riesigen kostspieligen Apparat wegen des sehr viel kleineren Teiles der Fleischversorgung aufrechterhalten, dabei würden die Vorschriften doch nicht befolgt werden. Bauer, Viehhändler, Metzger wollen aber auch wieder ein ehrliches Gewerbe treiben. Also fort mit der Zwangswirtschaft in Vieh.

(Schluß folgt.)

Reichsgemeinfälle . . .

Der Reichsfinanzminister über die Schmiergelder bei der Reichsgemeinfälle

Der Ausguss des Strafverfahrens wegen der Bestechungen bei der Reichsgemeinfälle, die kürzlich die 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin beschlagnahmt, ist in der Öffentlichkeit bemängelt worden. Es wurde lebhaft beklagt, daß der Prokurist Plate von der Reichsgemeinfälle, der als Kriegsteilnehmer amtiert ist, nun auch noch im ungestörten Genus der 14 Millionen Mark Schmiergelder verbleibe, um die er das Reich geschädigt hat. Indessen hat der Verein gegen das Bestechungswesen, die Reichsgemeinfälle die ungeschmälerte Herausgabe der Schmiergelder auf Grund der §§ 667, 675 des Bür-

gerlichen Gefühls im Wege der Freilassung fordern könne. Der Reichsgerichtspräsident hat darauf die sofortige Freilassung zugesagt und dem Verein mitgeteilt: „Für den Fall, daß die Freilassung nicht erfolgt, ist der Verein verpflichtet, die Freilassung zu fordern.“

Der Raub der Tricolore

Sühnmaß für die Fahnenverletzung in Berlin

Einem Verlangen der französischen Regierung entsprechend, hatte eine Reichswehrkommission den Befehl erhalten, vor der Fahne der französischen Botschaft vorbeizumarschieren. Am 11. Juli 1920 vormittags stand eine große Menschenmenge vor dem Botschaftsgebäude, den die Sicherheitswehr vor der Wilhelmstraße bis zum Brandenburger Tor gezogen hatte. Auf den Terrassen des Hotels Adlon, dessen Gitter und Tore auf Anweisung der Offiziere geschlossen werden mußten, folgten zahlreiche einheimische und ausländische Gäste diesem Schauspiel. Unter den amerikanischen und anderen Journalisten sowie unter den amerikanischen Offizieren, die sich hier aufhielten, schien kein Verständnis für diese demütigende Forderung zu herrschen. Der Reichswehrkommando marschierte, vom Brandenburger Tor kommend, vor der französischen Botschaft, wo die Tricolore gehißt war. Die Soldaten stellten sich auf, schüttelten das Gewehr und zogen dann „Deutschland, Deutschland über alles“ singend, sofort wieder ab.

Die Verhaftung des Flaggenräubers

Die Ermittlung der Berliner Kriminalpolizei haben auf die Spur des Mannes geführt, der die Tricolore vom Dach der französischen Botschaft heruntergerissen hat. Es gelang den Tätern, den 21-jährigen deutschen Staatsangehörigen Montagsarbeiter Paul Kargemüß (1) in der Wohnung seiner Eltern in Steglitz zu verhaften. Eine offizielle Erklärung des Polizeipräsidenten über die Motive, die den Mann zu dieser Tat trieben, wird erst nach Verhandlung mit dem ausländischen Amt erfolgen. Der Tat liegt keine Verleumdung zugrunde, sondern der Mann hat das „Ärger“ aus freien Stücken unternehmen.

Durch die Ehrenrettung der Reichswehr ist der Forderung der französischen Botschaft in Berlin Genugtuung geschenkt; doch hat hinterher die Botschaft davon Nutzen genommen, daß die Reichswehr bei ihrem Abzug das Gebäude der Botschaft über alles gezogen hat, und deshalb eine Verleumdung bei der Regierung erheben. Das indes festgestellt worden ist, daß der Kommandant der Botschaft nicht befehligt hat, und die Kompanie das Gebäude nicht gezogen hat, sondern der offizielle Akt beendet war, hofft man, durch diese Hinweise auf die Harmlosigkeit des Vorganges das neu entstandene Mißverständnis aus der Welt zu schaffen.

Rhein—Main—Donau-Kanal

Der Arbeitsausschuß zur Förderung des Großschiffahrtsweges Rhein—Main—Donau hielt am 3. Juli in Koblenz eine Sitzung ab, in der eine Entscheidung angenommen wurde, in welcher es u. a. heißt: Der Arbeitsausschuß nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die ausfallende Zurückführung des Ausbaues des Großschiffahrtsweges Rhein—Main—Donau gegenüber den Forderungen der Interessenten der Rheinfahrt—Donau-Verbindung der Zustimmung der Reichsregierung ausgesetzt worden ist. Er steht auf dem Standpunkt, daß der Großschiffahrtsweg Rhein—Main—Donau in technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung jeder anderen Verbindung des Rheins mit der Donau überlegen ist und richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unverzüglich den Ausbau dieser Wasserstraße deren Projektierung bis zur Baureife gebieten ist, in Angriff zu nehmen, schon deshalb, weil die Bauarbeiten eine hervorragende Gelegenheit darstellen, die in der Industrie überschüssigen Arbeitskräfte produktiv zu beschäftigen. Dabei legt er vom Standpunkt der

Interessen des Niederrheins, die er besonders zu vertreten berufen ist, besonderen Nachdruck darauf, daß die Abfertigungsstelle des Großschiffahrtsweges durch das Rheintal zur Ausführung gelange.

Aus Stadt und Kreis

Lauscha, 19. Juli 1920.

Lauscha, 19. Juli 1920.

Der Regierungsdirektor Bachem, ist, wie wir zuverlässig erfahren, durch Verfügung der Rheinlandkommission

seines Amtes entbunden worden. Die Geschäfte werden zunächst von den beiden Kreisdeputierten abwechselnd, und zwar vorerst von Herrn Bürgermeister Schüring in Braubach geführt.

a. Den Tod in der Lauscha fand gestern nachmittags 5 Uhr ein Mitglied eines Kölner Wandervereins, der sich auf einer größeren Rheinreise befand. Dem Club gehörten Kaufleute, Schüler und Arbeiter sowie vier Mädchen an. Sie beabsichtigten, am gestrigen Sonntag hier zu übernachten, und unternahmen nachmittags noch eine Rahtour auf der Lauscha. Unterhalb der Fährmühle (Rothmühle) stiegen sie aus um zu baden. Der 21-jährige Richard Stiller tauchte unter und kam nicht mehr an die Oberfläche. Man nimmt an, daß ihn ein Herzschlag betroffen hat. Sofort angestellte Rettungsversuche, an denen sich auch Badeanstaltsbesitzer Weller beteiligte, blieben erfolglos. Auch die Leiche konnte bis heute noch nicht geborgen werden. Der Ertrunkene stammt aus Bielefeld bei Köln. Anlässlich dieses bedauerlichen Falles sei darauf hingewiesen, wie gefährlich es ist, bei einer Gluthitze, wie sie gestern zeitweise herrschte, ohne vorherige Abkühlung und noch dazu an verbodener Stelle zu baden. Auch am Rhein kann man vielfach die Beobachtung machen, daß Bäderbesitzer nach dem Entlassen ins Wasser springen. Ein weiterer Unfall hat, wie uns mitgeteilt wird, insofern eingetreten, als manche Jugendlichen die Bäderzeit in die späten Abendstunden, und zwar bis 11 Uhr nachts ausdehnen. Daß hier unter solchen Umständen beim Eintrinken eines Unglücksfalles an eine Rettung nicht mehr gedacht werden kann, sollte den Beteiligten und den Verantwortlichen doch ohne weiteres einleuchten.

b. Von der Rheinschiffahrt. In der letzten Woche des Monats Juli konnte oberhalb von einem regelrechten Schleppverkehr auf dem Rhein die Rede sein. Nur ein Tag (Montag) war zu verzeichnen, an dem nicht 100 Schleppschiffe zu Berg und zu Tal an unserer Stadt vorbeifuhren. Die Verladungen an den Ankerplätzen scheinen vollständig intakt zu sein, das konnte man an dem starken Bergverkehr beobachten; die Ankerplätze hatten der dem mehr als günstigen Wasserstande alle bis zur Höhe der Schleppschiffe, und besonders Braunkohlenbricks geladen, auch Loh wurde viel nach den oberdeutschen Häfen verschifft. Die Schleppschiffe hatten größtenteils Grubenabfälle, Zement, Kalkstein, hier und da auch Gerölle und Schotter an Bord. Die Schleppschiffe haben den guten Stand der Barmünde voll und ganz ausgenutzt; sie betragen von dem Rhein-Ruhr-Hafen aus gerechnet nach Bonnheim 50 bis 52 Tonne die 20 Zentner. Die Frachtschiffe haben sich ebenfalls wenig verändert, sie notierten von den gleichen Häfen nach Mannheim 80 Bq. für Tag und Tonne bei 30 Tagen Garantie. Mit dem Verkehr der Güterschraubendampfer war es in der Berichtwoche nicht zum besten bestellt. Der Rheingehrig muß etwa 25 v. H. betragen. Die Anzahl der Berg- und der Talampfer blieb sich vollständig gleich. Die Flößschiffahrt hat sich in den letzten acht Tagen wieder etwas gehoben. Im Anhang von Schwanenbühlendampfern kamen drei Flöße von großem Umfang, deren Holzstämme größtenteils nach Holland weitergingen, an der Rheinmündung vorbei. Im Personenverkehr ist bei dem anhaltenden Hochwasserstand eine weitere Steigerung zu verzeichnen. Rheinfahrtstaxen gestern morgen: 2,28 Mark bei sehr langsamem Zurückgehen.

c. Gerichtsferien. Am 15. Juli haben die Gerichtsferien begonnen, die bis einschließlich 15. September dauern. Während dieser Zeit werden nur einige Sachen erledigt, damit die Beamten abwechselnd Urlaub erhalten und die dringend erforderliche Er-

haltung finden können. Sprechstunden sind nur vormittags von 9 bis 11 Uhr. Es liegt im eigenen Interesse des Publikums, um Verzögerungen zu vermeiden, alle nicht eiligen Sachen bis nach dem 15. September zurückzugeben.

d. Verleihen von Pferden an die Bevölkerung durch die Besatzungsbehörde. Obwohl die Raul- und Klauenheute, momentan im besetzten Gebiet verbreitet ist, soll das Leihen von Pferden an die Bevölkerung nicht eingestellt oder vermindert werden. Es ist im Gegenteil vom größten Interesse, diese Maßregeln in der Zeit der bevorstehenden Ernte den Landwirten, die durch die Seuche heimgesucht worden sind, zu erwehren. Doch müssen die schon ausgezeichneten Maßregeln befolgt und hauptsächlich das Zusammensein der Pferde mit kranken Tieren vermieden werden. In dieser Hinsicht müssen bei geliehenen Pferden folgende Maßregeln befolgt werden: Pferde in Stallungen unterbringen, die in keiner Verbindung stehen mit den Stallungen angestrichter Tiere. Den Pferden an Personal zuweisen, das nicht mit angestrichenen Tieren in Berührung kommt. Die Pferde nur außerhalb der von der deutschen Behörde als ansteckend bezeichneten Gemarkungen, zu benutzen.

e. Fischereierlaubnisse. Eine Fischereierlaubnis ist bei der Oberförsterei in Niederlauscha zu beantragen und zwar unter Vorlegung der Postanweisung über die angegebene Gebühr. Die an die Forstkasse zu St. Goarshausen zu zahlende Gebühr beträgt: für einen Jahresfischereierlaubnisschein zehn Mark, für einen Halbjahreschein fünf Mark, für einen Monatschein zwei Mark. Gleichzeitig mit der Postanweisung sind 40 Bq. in Briefmarken für Zahlung des Scheines beizufügen.

f. Klavier- und Grammophonsteuer. Eine Besteuerung der Klavier- und Grammophone in Höhe von 10—30 Mark hat die Stadt Greifswald eingeführt.

g. Eine Gewerkschaft der Unternehmer? Auf die vom Konföderat veröffentlichte Denkschrift über die Gründung einer Gewerkschaft der Unternehmer ist von dem Geschäftsführer der Düsselberger Handelskammer Dr. Brandt, folgende Antwort gegeben worden: Unter einer Gewerkschaft versteht man eine Vereinigung von Angehörigen einer bestimmten Berufsgruppe, die die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse dieser Gruppe verbessern will. Die Gewerkschaften des Aufstiegs dieser Vereinigungen beruht auf den gleichen Arbeitsverhältnissen, unter denen sie leben. Ziel und Methode ihrer Verbesserung sind daher für jeden Angehörigen der Gewerkschaft dieselben. Daher ihr feststehendes, einziges Ansehen. Alle diese Vorbedingungen fehlen bei dem Unternehmertum. Es ist weder in seinen Personen, noch in seinen Lebensverhältnissen, noch in seinen Zielen, kann also eine Gewerkschaft gegründet werden.

h. Eine sehr beachtenswerte Verordnung hat die Braubacher Polizeiverwaltung vor kurzem erlassen. Derselbe lautet: „An die Geschäftsleute, Landwirte, Selbstverwalter! Zur Vermeidung von Unruhen erwarte ich von der Einsicht der hiesigen Geschäftsleute, daß sie freiwillig umgehend die Verkaufspreise, wie auch in anderen Städten der näheren und weiteren Umgebung, entsprechend herabzusetzen und dies durch Auskang beim Anker sofort bekanntgeben werden.“ „Verbraucher, die nachweisen können, daß sie beim Einkauf von Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs unbedeutend hohe Preise haben zahlen müssen, wollen hierüber zwecks Aufklärung beim Feststellen durch die Preisprüfungsstelle bei der Polizeiverwaltung Anzeige erstatten.“

i. Eine Bibliothek französischer Bücher ist eröffnet in St. Goarshausen. Personen, die Bücher zu leihen wünschen, mögen sich im Büro des Kreisdeputierten der hiesigen Interessierten Kommission, wo der Katalog der vorhandenen Bücher vorliegt, melden. Die Einsicht des Kataloges sowie die Ausgabe der Bücher findet Montags, Mittwochs und Freitags von 10 bis 12 Uhr statt.

j. Stadtverordnetenversammlung vom 16. Juli. Die Erben sollen, solange der Verat reicht, zum Preise von 2,50 Mark das Pfund (bei Abnahme von zehn Pfund und mehr zu 2,40 Mark) verkauft werden. Die Margarine soll zum Preise von 9 Mark das Pfund frei verkauft werden. Die Bohnen sollen zu 2,40 Mark das Pfund frei verkauft werden. — Der bisherige Schiedsmann Herr Franz Strobel und Stellver-

treter Herr Karl Kaufmann werden für die nächsten drei Jahre einstimmig wiedergewählt. Das Babehaus soll unterhalb der Landstraße festgemacht werden. — Zu der veranlagten Grunderwerbsteuer soll von der Gemeinde 1,5 v. H. als Zuschlag und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. 10. 1919 ab erhoben werden. — Vom Magistrat wird mitgeteilt, daß er betreffs Babehaus mit zwei Sachverständigen in Verbindung getreten ist. — Die in der Sitzung vom 28. 6. 1920 beschlossenen Steuern sollen erhoben werden.

Aus Nah und Fern

k. Frankfurt a. M. Doppelt belohnte Einbrecher. Zwei junge Arbeiter hatten aus einem Exportgeschäft mehrere Wertpapiere für Italien durch Einbruch gestohlen und sie zu einem Händler gebracht, der sie vermarkten sollte. Da die Papiere aber nur Warenbestandteile enthielten, wussten sie, bis eine Belohnung ausgeschrieben wurde, tragen dann die Papiere wieder hin und lassterten die Belohnung ein. Später wurden sie als die Einbrecher ermittelt und erhielten nun von der Staatsanwaltschaft die zweite Belohnung, der eine mit 15 Monaten, der andere mit zwölf Monaten Gefängnis. Der Händler erhielt sechs Monate Gefängnis. — Etwas für Damstetter. Das Lebensmittelamt hatte in Versterben den Vorhängen der Dinsdonschaft und den Bezirksvorsteher aufgefordert, ein Gutachten dahin abzugeben, wieviel Kartoffeln durchschnittlich dort auf den Morgen geerntet werden. Das Gutachten ging dahin, daß etwa 60 Zentner Kartoffeln auf den Morgen kommen. Infolgedessen wurde gegen einen Landwirt in Versterben Klage erhoben, weil er nicht die hiernach resultierenden Kartoffeln abgeliefert hatte. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, er hätte die Kartoffeln verheimlicht. Vor dem hiesigen Schöffengericht bestritt er das, und nachdem der Vorsitzende der Dinsdonschaft zugeben mußte, daß der Akte des Angeklagten tatsächlich schlechte Erträge geliefert hatte, wurde er freigesprochen.

l. Königsberg. Streik. Der Königsberger Maschinenbau streik dauert ununterbrochen seit zehn Tagen an. Er umfaßt bereits 22.000 Arbeiter. Verhandlungen werden nicht geführt. Mehrere Großbetriebe, darunter die Unionfabrik mit etwa 2000 Arbeitern haben die ausstehenden Arbeiter fristlos entlassen. Man rechnet damit, daß wegen des erfolgreichen Einmarsches der technischen Beihilfe die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in den nächsten Tagen den Streik abbrechen werden. Die Kartoffel- und Fettverteilung steht vollkommen still. Die Zufuhr auf den Märkten bleibt aus, weil die Händler weitere Plünderungen befürchten.

Letzte Nachrichten

m. Die Beratungen des Reichskabinetts. Berlin, 18. Juli. (Drahtbericht.) Am 18. Juli hat das Kabinett in einer Sitzung zusammengetreten, an der die aus Spaa zurückgekehrten Minister teilnahmen. Für die nächsten Tage ist folgendes Programm vereinbart worden: Am Montag und Dienstag wird das Kabinett Berichte über die Beschlüsse von Spaa entgegennehmen. Am Dienstagabend ist eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Aussicht genommen. Zu Mittwoch sollen die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Sitzung eingeladen werden, und am Donnerstag findet eine Aussprache im Reichstagsklub über die wirtschaftlichen Fragen statt.

n. Selbstmord des Prinzen Joachim. Berlin, 18. Juli. (Drahtbericht.) In einem Anfall von schwerer physischer Störung, hervorgerufen durch den Druck allgemeiner und persönlicher Schwierigkeiten, hat Prinz Joachim von Preußen, der jüngste Sohn des ehemaligen Kaisers, am Samstag früh in der Villa Wagnitz die Waffe gegen sich gerichtet. Die Verletzung war so schwer, daß der Prinz ihr gestern Nacht erlag.

o. Das 800-jährige Jubiläum Freiburgs. Freiburg (Schwarzwald) 19. Juli. (Drahtbericht.) Die Stadt feierte gestern den Hauptfesttag ihres 800-jährigen Bestehens durch einen Festakt in der städtischen Festhalle, dem auch der Reichsminister für Ernährung und Reichsfinanzminister, die beiden Freiburger Bürger sind, beizuhatten. Reichspräsident Ebert, der gleichfalls persönlich der

Der Sonne entgegen

Remon von Nagda Trost.

Fortsetzung. Lanzer hörte seinen künstlerischen Vater mit höchstem Erstaunen an. Es schien ihm ganz unfaßbar, daß ein junger Mensch, den er für einen bevorzugten Poeten ansah, hatte, das Anerkennen ablehnen könne. Und war es nicht eine besondere Auszeichnung, daß man den jungen Dannenberg in den großen Lichtwaller Betrieb als Obermaler einreichte? Nur mit größter Mühe gelang es schließlich Professor Weisenbach, seinem Direktor verständlich zu machen, daß Dannenberg den freien Künstlerberuf eben jedem noch so verdorbenen Zwange vorgebe. Einen Augenblick lang schaute Lanzer vor sich nieder, dann rief er langsam mit dem Kopfe. „Auch Sie, Herr Professor, sind der Meinung, daß diese Kraft für Lichtwaller von größter Bedeutung ist?“ „Ich kann unsern Betrieb mit gutem Gewissen ein gerades überaus reiches Aufblühen prophezeien, wenn wir Dannenberg halten.“ „Es ist gut. Wir werden ihn halten.“ Weisenbach zog die Schultern hoch. „Herr Kommerzienrat, ich bitte, stellen Sie sich das nicht so einfach vor. Dannenberg ist ein Kopf für sich — ja, ein harter Kopf — den auch ein glänzendes Angebot nicht locken kann. Ich fürchte, es gelingt uns nicht.“ Mit einem überlegenen Lächeln erhob sich der Kommerzienrat von seinem Plaze. „Es wäre das erste Mal, daß einer meiner Vorgesetzten nicht zu Ausführung käme. Ich kenne, wie Sie wissen, keine Hindernisse. Noch ehe wir in das neue Quartal übergehen, werde ich Ihnen den Vertrag mit Dannenberg vorlegen, worin er sich mehrere Jahre für unsere Fabrik verpflichtet.“ „Herr Kommerzienrat, das wäre allerdings eine

Leistung, die größte Anerkennung verdient, jedoch, die allgrößte Anerkennung. Aber noch einmal: Dannenberg ist ein eigenwilliger Mensch. Leicht wird man mit ihm nicht fertig.“

„Er soll in mir seinen Meister gefunden haben.“

Dann war Weisenbach entlassen. — Voll tiefer Gedanken schritt der Kommerzienrat in seinem Zimmer auf und ab, dann schellte er dem Diener und befohl, man möge den Maler Dannenberg zu ihm rufen.

Als Lanzer eingetreten war, mußten sich die beiden Männer gegenseitig mit langem, prüfendem Blick. Dann nahm der Kommerzienrat das Wort.

„Der königliche Hof ist mit Ihren Leistungen sehr zufrieden, und auch ich möchte Ihnen meine Anerkennung aussprechen. Sie haben sich in der letzten Zeit Ihres Dienstes unsern höchsten Zufriedenheit erworben, und es ist unser Geschäftsprinzip, tüchtigen Menschen den Weg zu ebnen, haben wir uns entschlossen, Sie als Obermaler einzustellen und Ihnen den Malbetrieb unterzuordnen. Ihr künstlerischer Beitrag ist noch wie vor Herr Professor Weisenbach. Ihr Monatsgehalt wird am ersten Januar verdoppelt, und wir hoffen, daß Sie auch weiterhin fortfahren, Ihren Pflichten zu genügen und Ihre Leistungsfähigkeit in den Dienst unseres Hauses zu stellen.“

Der junge Maler antwortete nur mit einer stummen Verbeugung.

„Der königliche Hof“, fuhr Lanzer fort, „geht in seiner Anerkennung so weit, Sie demnach zu einem Künstler zu ernennen. In diesem Beruf wird Ihnen natürlich von der Firma die nötige freie Zeit gewährt werden. Wir bitten Sie, was rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen. Außerdem beabsichtige ich, mit Ihnen einen langjährigen Vertrag abzuschließen unter für Ihre Alter außerordentlich vorteilhaften Bedingungen. Ich hoffe, daß Sie dieses Entgegenkommen anerkennen und unserer Firma auch weiterhin Ihre

Mit völlig unbewegten Zügen hatte Lanzer seinen Direktor ansprechen lassen. Als jener aber schwieg, trat er einen Schritt vor.

„Ihre Anerkennung freut mich gewiß, Herr Kommerzienrat. Ich kann aber weder den Hofen eines Obermalers noch den langjährigen Kontrakt annehmen, weil ich mich — ich will ganz ehrlich sein — mit dem Gedanken trage, binnen kurzem meine hiesige Tätigkeit aufzugeben. Es war ja nur ein vorübergehender Notbehelf. Ich bin Kunstmalers von Beruf und kann mich unmöglich ganz dem Kunstgewerbe widmen, obwohl mich auch meine hiesige Arbeit unter lebhaft interessiert. Ich habe zu Herrn Professor meine Absichten auch schon geäußert.“

Unter den kühnen Augenbrauen des Direktors hervor bligte ein Strahl des Unmutes. „Es ist in unserem Betriebe nicht Sitte, daß ein Angestellter, dem man ein glänzendes Angebot macht, diese Güte zurückweist. Das bitte ich zu beachten, Herr Dannenberg.“

Da stieg eine feine Rote in die Stirn des Angestellten. „Güte, Herr Kommerzienrat, ist wohl nicht das richtige Wort für das mir gemachte Anerbieten. Sie beabsichtigen mir zu geben, daß meine Arbeiten berechtigtes Aufsehen erregen. Ich kann mir infolgedessen sehr wohl denken, daß der Gesellschaft daran liegt, mich im Betrieb zu halten.“

„Überlassen Sie Ihre eigenen Leistungen nicht“, erwiderte Lanzer kühl. „Die Lichtwaller Porzellanmanufaktur besitzt ohne die Arbeiten eines Malers Dannenberg Weltren.“

„Umso besser, Herr Kommerzienrat. Dann werden Sie mein Freigehen noch weniger schmerzhaft empfinden.“

„Ihren ordnungsmäßigen Schein den aus unserem Betriebe steht natürlich nichts im Wege. Ich muß aber dringend darauf bestehen, daß die Kündigungsfrist eingehalten wird. Ich erwarte außerdem, daß

Sie bis zu diesem Termin die Ihnen übertragenen Pflichten genau erfüllen werden.“

„Das werde ich selbstverständlich tun. Meine Kündigung darf ich demnach wohl Herrn Professor Weisenbach unterbreiten.“

„Der Personalabteilung. Sie scheinen noch immer nicht gelernt zu haben, den vorgeschriebenen, ordnungsmäßigen Weg zu gehen.“

Mit einem leisen Lächeln schüttelte der Maler den Kopf. „Das werde ich auch kaum jemals lernen, Herr Kommerzienrat. Mein Naturtal ist nicht geschult, sondern enggezoogenen Richtungen der Bonartie einbezogen. Ich brauche Luft und Freiheit, aber keine hemmenden Verträge und Kontrakte.“

Mit einer verabschiedenden Handbewegung war Lanzer entlassen. Einem Impuls folgend, wollte er seine Kündigung sofort schreiben. Dann beschloß er aber, heute Abend erst einmal mit Brigitte Rücksprache zu nehmen, denn daß die Schwester am gleichen Tage von Lichtwaller scheiden würde wie er, war selbstverständlich.

Zu seiner Überraschung stieg er auf Widerpruch. „Ach, Lanzer, sei doch nicht so verrückt! Was wollen wir beide jetzt im Winter auf der Landstraße? Warte bis zum Frühjahr. Bis dahin haben wir uns ein nettes Stämmchen erspart. Dann können wir meinetwegen losgehen!“

Lanzer lachte aus vollem Halse. „Wer soll denn spotten? Du oder ich? Du einer von uns beiden auch je nur einen Pfennig zurückgelegt? Du kennst doch die Geschichte vom dem Wap und der Wurf Sammlung? Nein, Lanzer, wenn wir hundert Jahre Direktor noch jemand das Gehalt verdoppeln würde in Lichtwaller bleiben, wenn mir mein verrückter Herr und der auch, wir würden doch keinen Pfennig sparen. Reiten wir also gemeinsam die Altda und künden wir zu gleichen Stunde.“

(Fortsetzung folgt.)

des im Sinne des Umsatzsteuergesetz. Auch Ange-
hörige haben Anspruch auf Befreiung nach dem Gesetz.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt dann der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Niederkaufpreisen oder, in den Fällen der §§ 21, 23 Abs. 1 Nr. 1, von Personen, die die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt.

Verpflichtet zur Abgabe der Erklärung sind:

1.) diejenigen Gewerbetreibenden, die Lieferungen der im § 21 des Gesetzes bezeichneten Gegenstände im Kleinhandel ausführen und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33, Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes für einen längeren oder längeren Zeitraum gestattet ist, sowie auch die Gewerbetreibenden, die Gegenstände der im § 23 unter Nr. 5 des Gesetzes genannten Art in das Ausland verbringen.

2.) diejenigen Gewerbetreibenden, die Zugabegenstände der im § 15 des Gesetzes bezeichneten Art herstellen und veräußern und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33 Abs. 2 letzter Satz des Gesetzes auf Grund des Jahres-Umsatzes gestattet ist.

3.) diejenigen Steuerpflichtigen die eingerichtete Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäuser nachstehend zu vorübergehendem Aufenthalt anbieten (Gasthofbesitzer, Wohnungvermieter).

4.) diejenigen Steuerpflichtigen, die die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertfächern oder Schmuck und Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Geldverleih gewerblich betreiben. Ausgenommen sind Banken, Sparkassen und Creditgenossenschaften, da sich für diese Betriebe der Steuerabschnitt auf ein volles Kalenderjahr erstreckt.

5.) diejenigen Steuerpflichtigen, die Pferde, Egel, oder andere Reittiere gewerblich zum Reiten ausleihen.

Die Einreichung der Erklärung kann durch, erforderlichen Falls zu wiederholender Ordnungsstrafen bis zu je 500 M. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuer-vorteil erschleicht mit einer Geldstrafe bis zum 20-fachen Betrage der geschuldeten und hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar. Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vorbrüche zu verwenden. Es zu 2 Stufen können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Annahme der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vorbrüche zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichtannahme einer Erklärung, die durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Niederlahnstein, den 12. Juli 1920.

Umsatzsteueramt: Rod.

Bekanntmachung.

Der im § 12 der Wohnraumverordnungsverordnung festgesetzte Termin zur Anmeldung von Wohnungen ist bis zum 30. September 1921 verlängert worden.

Gleichzeitig wird wiederholt darauf hingewiesen, daß neue Mietverträge sowohl von Wohnungen als auch möblierten Zimmern erst der Wohnungsdeputation zur Genehmigung vorzulegen sind, andernfalls dieselben ungültig sind und sich die Vermieter strafbar machen.

Niederlahnstein, den 16. Juli 1920.

Der Magistrat: Rod.

Arbeitsvergebung.

Für die Herstellung von 9 Wohnungen sollen die Maurer-, Zimmer- und Beschneiderarbeiten vergeben werden. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Stadtbauamt offen, wozu auch die nötigen Unterlagen zu haben sind. Offerten sind verschlossen bis zum 28. Juli 1920 dem Magistrat einzureichen.

Niederlahnstein, den 15. Juli 1920.

Der Magistrat: Rod.

Bekanntmachung auf Prekursor-Briketts

werden bis spätestens Mittwoch, den 21. Juli ds. Js. hier bei der Ortskohlenstelle (Zimmer Nr. 7) entgegengenommen.

Prekursorbriketts sind sowohl für alle Oefen wie auch für Dampfesselanlagen und Zentralheizungen zu verwenden. Außerdem überschreiten Prekursorbriketts in Bezug auf ihre Heizleistung diejenigen der Braunkohlenbriketts.

Der Zimmer befindet sich auf ca. 18. — M. Da die im April ds. Js. beschalteten Braunkohlen nicht geliefert werden, so wäre von der Bestellung der Prekursorbriketts ausgiebig Gebrauch zu machen, umal die Kohlennot sich von Tag zu Tag steigert.

Niederlahnstein, den 16. Juli 1920.

Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 34 die Firma Wilhelm Kadesch in St. Goarshausen eingetragen.

Der Ehefrau des Wilhelm Kadesch Sara geb. Hammerlein in St. Goarshausen ist Protokoll erteilt.

St. Goarshausen, den 29. Mai 1920.

5169] Das Amtsgericht

Bekanntmachung.

Wegen Kanalisierung ist die Ortsstraße im Bezugsbezirk Ruppertshefen-Casdorf vom 19. d. Mts. ab auf die Dauer von 3 Wochen für den Verkehr gesperrt.

Ruppertshefen, den 16. Juli 1920.

5162] Klamp, Bürgermeister.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern morgen 6 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, Mutter ihres einzigen Töchterchens, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Toni Nett

Magdalena geb. Nikolai,

nach längerem mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 38 1/2 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Der tieftrauernde Gatte,
Tochter und Anverwandte.

Niederlahnstein, Erbach (Rheingau), Wambach, bei Schlangenbad und Mainz, den 18. Juli 1920.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr von Emserstrasse 20 aus statt. Die feierlichen Exequien werden Mittwoch morgens 7 1/2 Uhr in der St. Barbarakirche abgehalten.

Sollte jemand aus Versehen keine Einladung erhalten, so bitten wir dieses als solche zu betrachten.

(1571)

Todes- † Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittags 4 Uhr, unsern herzenguten unvergesslichen lieben Sohn und Bruder

Wilhelm Damian Schwan

nach kurzem schweren Leiden, infolge eines Unglücksfalles, versehen mit den hl. Sterbesakramenten der röm.-kath. Kirche, im zarten Alter von beinahe 14 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefer Trauer:

Johann Damian Schwan, Eisenbahnschaffner,
Anna Margaretha Schwan geb. Hennig,
Steph. Josef Damian Schwan,
Mathilde Schwan. 5170

Niederlahnstein, Remagen, Rheinbrohl, Treisdorf, Düsseldorf u. Berlin, den 18. Juli 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von Coblenzerstr. 21 aus statt, die feierlichen Exequien werden Donnerstag, morgens 8 Uhr, in der St. Barbarakirche abgehalten.

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung, sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. 5166
Niederlahnstein, den 18. Juli 1920
Fritz Ludwig u. Frau Wilhelmine, geb. Griselein.

Gehst Du auch heute Abend auf die Friedrichssegener Kirmes zum 5173
Hahnen-Topf-Schlagen?

Centralheizungen 5168
Wasserleitungen
Sanitäre-Anlagen
Abwärmeverwertung.
— Ingenieurbesuch kostenlos. —
Ing. B. Kalt, Sandorf a. Rhein 10.
Telefon 219.

In oder nahe bei Oberlahnstein wird
Landhaus mit Garten
hübsch gelegen, zur Kleintierzucht geeignet, zu mieten gesucht. Elektrisch Licht, Wasserleitung erwünscht. Angebote unter F. S. 5160 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Selbst-Schneidern
jede Dame
Kleider, Mäntel und alle Kinderkleidung nach den hübschen Modellen, preisgünstig und vorzüglichsten Schnitt der
Deutschen Moden-Zeitung
Lieferung 6 Heft mit Schnittbogen für nur 20 Pf. 516
Bestellen Sie kostenlos Probeheft beim Verlag Die Dame, Leipzig.

Färberei und chem. Reinigung Carl Döring, Wiesbaden

Fabrik: Drudenstrasse 5. — Telefon 8149.
Läden: Weisenburgstr. 12 Schwalbacherstr. 9.
Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.
Dekatieren u. Imprägnieren (wasserdicht)
Durch genügend Benziovorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Lieferzeit 8—10 Tage. Trauersachen 48 Stunden.
Prompte Bedienung. — Solide Preise.
Annahme für Rüdesheim und Umgegend.:
Herr Schneidermeister Schön, Neustrasse 12, Oberlahnstein: Herr Schneidermstr. Joh. Didias Hafenstr. 8.
Nastätten: Herr Friseur Carl Kratz.

Herrn

mit guten Beziehungen zu landwirtschaftlichen Kreisen, (pensionierte Beamte, Lehrer, Förster, Rentner, Gastwirte auf dem Lande oder Herren die Landwirte besuchen) können sich durch den Verkauf unserer unentbehrlichen Gebrauchsgüter für Landwirte eine laufende hohe Einnahme schaffen. Möglichst persönl. Vorstellung bei unserem Generalvertreter Hans Gruber im Hotel zum Bahnhof Niederlahnstein, am Donnerstag, den 22. Juli von 3—6 Uhr nachmittags, am Freitag, den 23. Juli von 9—12 Uhr vormittags.
Apotheker A. Seiden & Co., Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische-Strasse 21.

Portland-Cement
Weisstückkalk
Falkziegel
Biberschwänze
Schwemmsteine
Backsteine
Cementziele, Gips
sowie alle weiteren Baumaterialien prompt lieferbar
Westdeutsche Bau- u. Industrie-Gesellschaft
Wiesbaden 5139

Glucke mit Köchen
(Nass, Legehuhn),
zu verkaufen. 5172
Köcher, Pumpwerk.

Gestrichene Küchen
zu 2075 Mark
Pittschpine Küchen
von 2600 Mark
Betten
mit echten dreiteiligen Dreimatratten
von 950 Mark an
Schlafzimmer
sowie alle andern Sorten Möbel sind zu billigen Preisen vorhanden.
Gremmingers-Möbelvertrieb
COBLENZ, Mehlstrasse 5.

Weinbrand-Cognac***
Marke „ANKER“
aus feinstem Weindestillat in Deutschland hergestellt. 38/40 %. Zu haben bei:
Paul Bretzmann
Bahnhofswirtschaft Niederlahnstein.

Haben stets laufend abzugeben:
Kiefern- und Fichten-
Bohlen, Bretter
Fußbodenbretter
Schalbretter
Blockware
sowie Kanthölzer, Pfosten und Baumstämme, (nach Listen geschnitten) Eichenbretter und -Dielen. Ferner empfehlen wir uns sehr preiswert im Lohnschnitt von Nadel- und Laubholz. Die Hölzer können sofort eingeschitten und mitgenommen werden.
Nassanisches Dampfsägewerk u. Holzhandlung Schland & Schwarz G.m.b.H. Bogen

Frauen
Wenn sie leiden an Blutstockung, Weisheits-, usw. so schreiben Sie an Frau
Zier-Haunmacher, Cöln-Klettenberg
Mandemohrstrasse 29.
Sprechstunden von 10—6 auch Sonntags, Cöln-Klettenberg
Auskunft kostenlos. — Rückporto erbeten.
Special-Geschäft für sämtliche Frauenbedarfs Artikel.

Zuverläss. Maschinist
für 200 PS. Lokomobile sofort gesucht.
C. S. Schmidt Drahtwerke Akt.-Ges.
Niederlahnstein. 5124

Gelernter, selbständiger
Gärtner
für Obst- und Gemüsebau gesucht. Zeugnisse über bisherige Tätigkeit werden verlangt. 5145
Lönnberger Mahle Niederlahnstein.

15 Schuhmacher
auf Sohlen, Fleck und Reparatur
stellt gegen äusserst günstigen Stücklohn ein An **Heimarbeiter** wird Arbeit abgegeben
Schuh-Mass- und Reparatur-Werkstätte
Valentin Geis
Niederlahnstein, Lahnstr. 3. 5092

Wir suchen für unser Kalkulationsbüro
mehrere Bürogehilfen
zum baldigen Eintritt. 5121
Nur solche Herren wollen sich melden, die schon längere Zeit im kaufm. Büro tätig gewesen sind, und grosse Sicherheit im Rechnen besitzen.
Stein- u. Silberhütte Braubach A. G. Braubach.